

Beiträge zu aktuellen Themen aus den verschiedenen Anlageberichten

Der Inhalt dieser Beiträge dient nur der Information und als Diskussionsgrundlage. Die Informationen beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten. Eine Gewähr für die Richtigkeit des Inhaltes und vollständige Darstellung aller wesentlichen Gesichtspunkte kann jedoch nicht übernommen werden. Bei Nachdruck – auch auszugsweise – bitten wir um Quellenangaben: Benelli Consulting – www.benelli-consulting.ch

Contents 2025

I Quartal 2025

1.1. Die möglichen Folgen von Trumps wirtschaftspolitischen Plänen

Der designierte US-Präsident Donald Trump wird die Kontrolle über beide Kammern des Kongresses übernehmen und hat somit freie Hand, um seine Wirtschaftsagenda umzusetzen. Seine Absichten sind klar: Zölle und Steuersenkungen, um die Wirtschaft der Vereinigten Staaten zu schützen und zu fördern, weniger Regulierung und die Abschiebung illegaler Einwanderer. Kurzfristig wird er damit sicherlich Erfolg haben, aber längerfristig könnte das Ergebnis enttäuschend sein, vor allem wenn er die US-Notenbank dazu zwingt, seinem Willen zu folgen.

Die Trump-Ökonomie kann eine Zeit lang durchaus mit starkem Wachstum glänzen. Eine unmittelbare Katastrophe oder ein Börsencrash sind unwahrscheinlich. Doch die anfänglichen positiven Effekte werden wahrscheinlich recht schnell nachlassen und sich möglicherweise umkehren, vielleicht noch vor dem Ende von Trumps Amtszeit. Längerfristig ist mit einer erhöhten Gefahr von Handelskriegen, steigenden Inflationsrisiken und wachsender Verschuldung zu rechnen.

1.2. US-Anleihen; die Normalisierung der Zinskurve setzt sich fort

Bei US-Anleihen zeigt sich jedoch, dass viele Investoren mit einer höheren Inflation und langsameren Zinssenkungen der US-Notenbank rechnen. Die Renditen zehnjähriger US-Staatsanleihen stiegen von rund 3.8% Anfang Oktober auf 4.45% nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Sollte Trump alle von ihm angekündigten Massnahmen umsetzen, stellt sich die Frage, wie viele Jahre es dauern wird, bis Investoren den bis dato risikolosen Status von US-Staatsanleihen in Frage stellen und eine Risikoprämie verlangen.



1.3. Europa muss sich anpassen

Über allem schwebt Donald Trump, der bald wieder Präsident der USA sein wird. Die Aussicht auf einen Handelskonflikt bereitet der EU-Kommission sichtlich Sorgen. Zwar ist Europa noch nicht unmittelbar betroffen, doch es muss jederzeit damit gerechnet werden, dass Trump auch der EU mit höheren Zöllen droht. Dem Vernehmen nach überlegt die Brüsseler Behörde bereits, welche Strafzölle sie im Gegenzug verhängen will, sollte Trump die Zölle auf Importe aus der EU anheben. Eine gefährliche Eskalationsspirale droht.



Die EU steht wirtschaftlich unter Druck und kann ganz sicher keinen Zollstreit gebrauchen. Private investieren zu wenig, Energie ist teuer, Fachkräfte sind knapp und die öffentlichen Finanzen angespannt. Es scheint sich zu rächen, dass die EU jedes Problem mit immer noch mehr Schulden lösen will, statt auf mehr Wettbewerb im riesigen Binnenmarkt zu setzen.

Mehr Systemwettbewerb statt Gegenmassnahmen

Wie gross die Wohlfahrtsverluste durch die US-Zölle tatsächlich sein werden, hängt davon ab, ob und in welchem Umfang auch Europa seine Zollschränken erhöht und wie die

Wechselkurse reagieren. Wenn Europa Gegenmassnahmen ergreift, werden neben der Exportwirtschaft auch die europäischen Konsumenten leiden und die Binnenwirtschaft über verteuerte Vorleistungen zusätzlich geschwächt. Höhere Zölle würden die importierte Inflation anheizen, was sich auf das Zinsniveau und den Wechselkurs auswirken würde.

Am vernünftigsten wäre es, auf Gegenmassnahmen zu verzichten. Dann würden die US-Zölle vor allem die Inflation in den USA anheizen, dort höhere Zinsen erzwingen und damit den Dollar stärken, was der europäischen Wirtschaft zumindest einen Teil der verlorenen Wettbewerbsfähigkeit zurückgeben könnte. Wenn aber beide Seiten Zuflucht im Protektionismus suchen, landen sie in der schlechtesten aller Welten. Die EU wäre aufgrund ihrer stärkeren Aussenhandelsabhängigkeit sogar schmerzhafter betroffen als die USA.

Der Ausbau einer Freihandelszone zu einem gemeinsamen Markt, in dem sich nicht nur Güter, sondern auch Dienstleistungen, Kapital und letztlich auch Arbeitskräfte frei bewegen können, hätte daher ein weitaus grösseres Potenzial. Diese müsste auch nicht notwendigerweise auf Europa und die USA beschränkt sein.

Die stärkste Antwort auf die neuen protektionistischen Tendenzen wäre ein gemeinsamer Binnenmarkt aller entwickelten, transatlantisch orientierten demokratischen Staaten - vielleicht je nach Entwicklungsstand in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Integrationstiefe, aber offen auch für andere Partner von Japan über Südkorea und Australien bis zur Ukraine und von Argentinien bis Chile.